

Anfrage über die Legalisierung illegaler ausländischer Arbeitnehmer durch die Verwaltung im Kanton Luzern

eröffnet am 10. Mai 2010

Auf Einladung der paritätischen Berufskommission Hoch- und Tiefbaugewerbe (PK Bau) hatten im November 2009 Vertreter der Dienststelle Wirtschaft und Arbeit und ein Vertreter des Amtes für Migration des Kantons Luzern an einer angezeigten Baustellenkontrolle teilgenommen.

Im Nachgang zu diesem Kontrollbesuch wurden alle angegebenen Arbeitnehmenden auf das Vorliegen einer Meldung beziehungsweise Bewilligung überprüft. Von 171 überprüften ausländischen Arbeitnehmenden hatten fünf Personen keine ausländerrechtliche Bewilligung.

Das Amt für Migration wurde umgehend von diesem leidigen Ergebnis informiert.

Zwischenzeitlich hat das Amt für Migration für alle fünf Personen den Aufenthalt in der Schweiz legitimiert.

Für die Kontrolle der Arbeits- und Lohnbedingungen vor Ort wurde auf die Zuständigkeit der PK Bau verwiesen.

Aufgrund dieser unhaltbaren Vorgehensweise erachten wir es als dringlich, eine umgehende Beantwortung nachfolgender Fragen zu erhalten:

1. Hat der Regierungsrat Kenntnis, dass durch die Verwaltung nachträglich Bewilligungen für illegale ausländische Arbeitnehmende ausgestellt werden?
2. Wie viele solcher nachträglichen «Legalisierungen» wurden seit dem Inkrafttreten der bilateralen Verträge vorgenommen, und auf welcher rechtlichen Grundlage basieren diese?
3. Aus welchen Ländern stammen diese fünf ausländischen Arbeitnehmenden, denen eine nachträgliche Bewilligung ausgestellt wurde?
4. Wie lässt sich aus Sicht der Regierung eine solche Vorgehensweise mit den medienwirksam gemachten Massnahmen im Kampf gegen die Schwarzarbeit vereinbaren?
5. Mit welchen personellen Konsequenzen haben die illegalen Arbeitnehmenden und die fehlbaren Mitarbeitenden des Amtes für Migration zu rechnen?
6. Sind der Dienststelle Wirtschaft und Arbeit die Firmen bekannt, die solche ausländische Mitarbeiter ohne ausländerrechtliche Bewilligung beschäftigen, und mit welchen Konsequenzen haben diese zu rechnen?

7. Handelt es sich in solchen Fällen auch um Firmen, die staatliche Aufträge erhalten haben oder erhalten?
8. Was unternimmt die Regierung, um weitere solche Fälle aufzuklären und die Arbeit der Aufsichts- und Kontrollkommission zu unterstützen?

Müller Guido

Odermatt Robert

Kunz Benjamin

Luternauer Guido

Thalmann-Bieri Vroni

Hermetschweiler Rolf

Kälin Erhard

Omlin Marcel

Keller Daniel

Bachmann Moritz

Graber Toni

Winiker Paul

Müller Pius

Britschgi Nadia

Graber Christian

Habermacher Roland

Hartmann Armin